

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Stadt)

21. Sitzung

16.09.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

21. Sitzung

am 16. September 2016

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

- Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
- Abg. Herr Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)
- Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
- Abg. Herr Gottschalk (SPD)
- Abg. Herr Hinnens (CDU)
- Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
- Abg. Herr Reinken (SPD)
- Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
- Abg. Frau Steiner (FDP)
- Abg. Frau Tuchel (SPD)
- Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr)	
Staatsrat Strehl)	
Herr Dr. Weller)	
Herr Meyer)	
Frau Kreitz)	
Herr Schmidt)	von der Senatorin für Finanzen
Herr Sommer)	
Herr Fehren)	
Frau Dr. Saebetzki)	
Frau Kral)	
Herr Knoop)	
Herr Winstover)	
Herr Buscher)	
Frau Bleiker)	
Frau Oberdörfer)	
Frau Wehrkamp)	
Herr Kahnert)	
Frau Holsten)	Senatskanzlei
Herr Meyer-Stender)	Rechnungshof
Herr Dr. Brockmüller)	
Frau Odenkirchen		vom Senator für Inneres und Sport
Herr Kindscher)	vom Senator für Kultur
Herr Schütte-Thuy)	vom Senator für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Ullrich)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Frau Freese)	
Herr Heuss)	
Herr Armstroff)	
Frau Moning		von der Senatorin für Kinder und Bil- dung
Herr Radtke)	
Herr Hartwig)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Herr Meyer)	von IB-Bremen, AöR
Frau Müller		von der Bürgerschaftskanzlei
Herr Löffler		

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 17.06 Uhr.

Der Haushalts und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, den Tagesordnungspunkt III. 6.5 (Besetzung altes Sportamt) im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten und den Tagesordnungspunkt III. 4.4 (Ausbau der Breitbandinfrastruktur) für die heutige Sitzung auszusetzen und erst nach Behandlung in der zuständigen Fachdeputation erneut aufzurufen.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 14. Sitzung vom 20. Mai 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 14. Sitzung vom 20. Mai 2016.

2. Protokoll der 15. Sitzung vom 31. Mai 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

3. Protokoll der 16. Sitzung vom 1. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

4. Protokoll der 17. Sitzung vom 10. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 17. Sitzung vom 10. Juni 2016.

5. Protokoll der 18. Sitzung vom 10. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 18. Sitzung vom 10. Juni 2016.

6. Protokoll der 19. Sitzung vom 16. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 19. Sitzung vom 16. Juni 2016.

7. Protokoll der 20. Sitzung vom 19. August 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Bürgerantrag gegen Billigfleisch in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung

- Die Stadtbürgerschaft hat diesen Bürgerantrag zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und an die städtischen Deputationen für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen -

- Vorlage Drs. 19/84 S -

dazu: Berichte der mitberatenden Deputationen

Abg. Herr Liess erklärt, die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen regen an, den Bürgerantrag in seiner ursprünglichen Form abzulehnen und an dessen Stelle den von den Fachdeputationen erarbeiteten Alternativantrag zu beschließen.

Abg. Herr Rupp erklärt, die Fraktion DIE LINKE könne dem Alternativantrag nicht zustimmen, da dieser in entscheidenden Fragen sehr unkonkret sei und inhaltlich weit hinter dem ursprünglichen Bürgerantrag zurückbleibe.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE der Stadtbürgerschaft zu empfehlen, den Bürgerantrag abzulehnen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimme des

Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE der Stadtbürgerschaft zu empfehlen, dem Beschlussvorschlag der Fachdeputationen zu folgen.

Der Haushalt und Finanzausschuss (Stadt) bittet den Ausschussreferenten um Erstellung eines Berichtsentwurfes an die Stadtbürgerschaft, der dann vom Ausschuss im Umlaufverfahren beschlossen werden soll.

1.2 Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2016

- Vorlage Drs. 19/333 S -

- Dieser Bericht ist von der Stadtbürgerschaft federführend an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss und mitberatend an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen worden -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes bis zum Eingang des Berichtes der mitberatenden Fachdeputation aus und bittet in der beratenden Sitzung um die Anwesenheit eines instruierten Vertreters des Vorstandes der BSAG.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage mit Stand der Sitzung vom 19. August 2016 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, sieht der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) für die laufenden Nr. 7,8 und 67 der Auftragsliste eine alleinige Zuständigkeit der Controllingausschüsse (Land und Stadt) als gegeben an und bittet um entsprechende Übertragung der Berichtsbitten. Im Übrigen nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bitte die Senatorin für Finanzen die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

**2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/239 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den beantragten Fristverlängerungen mit der Maßgabe zu, dass zur laufenden Nr. 75 der Auftragsliste eine Berichterstattung bereits zum Dezember 2016 erfolgen soll.

3. Sonstiges

**3.1 Terminplanung für das Jahr 2017
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 3.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage vom 30. August 2016 -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt die Sitzungstermine für das Kalenderjahr 2017 gemäß Vorlage mit der Maßgabe, dass die Sitzung im Januar 2017 nicht am 20. Januar 2017, sondern ausnahmsweise am 27. Januar 2017 (in der Bürgerschaftswoche) stattfindet und diese Sitzung spätestens um 17 Uhr endet.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen zur Novembersitzung um Bestimmung eines Termins für eine Sondersitzung der Haushalts- und Finanzausschüsse zu Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2016. Dieser Termin sollte möglichst im Zeitraum zwischen dem 22. und 24. Februar 2017 liegen.

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

1.1 Elfte Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 1.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/240 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 1.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion DIE LINKE der Elften Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung der Bildungs- und Wissenschaftsverwaltung zu.

1.2 Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes sowie Ortsgesetz zur Änderung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen hier: Erstattung von Elternbeiträgen während des Streiks der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst 2015 (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 1.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/241 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 1.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes sowie Ortsgesetz zur Änderung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Sanierungs- und Ersatzbedarfe an bremischen Hafenanlagen

hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 69 der Auftragsliste

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.3 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/242 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.3, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis und sieht die laufende Nr. 69 der Auftragsliste als erledigt an.

2.2 Derzeitiger Verbreitungsgrad der elektronischen Arbeitszeiterfassung (ELAZE) in der Kernverwaltung des bremischen öffentlichen Dienstes

hier: Berichtsbitte lfd. Nr.74 der Auftragsliste

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.5 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/243 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.5, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über den derzeitigen Verbreitungsgrad der elektronischen Arbeitszeiterfassung, die dargelegten Hinderungsgründe in einzelnen Ressorts/Dienststellen sowie die entsprechenden Hinweise zu Kenntnis und sieht die laufende Nr. 74 der Auftragsliste als erledigt an.

2.3 Begleitung von Schwerlasttransporten
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 77 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.6 der Tagesord-
nung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanz-
ausschusses)
- Vorlage 19/244 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.6, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Vorlage zur Kenntnis und sieht die laufende Nr. 77 der Auftragsliste als erledigt an.

2.5 Personalüberhang bei der GENO
Sachstandsbericht über die Integration des Personalüber-
hangs der Gesundheit Nord in die Verwaltung der Freien
Hansestadt Bremen
hier: (Berichtsbitte der Fraktion der CDU)
- mündlicher Bericht -

Staatsrat Lühr berichtet auf der Grundlage des als Anlage (**Anlage 1**) zu diesem Protokoll beigefügten Informationsmaterials über den aktuellen Sachstand bei der Integration des Personalüberhangs der Gesundheit Nord in die Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen. Eine anschließende Berichterstattung werde in der November- oder Dezembersitzung des Ausschusses erfolgen. Dabei werde auch dazu Stellung genommen werden, insoweit zur Integration Fort- und Ausbildungsmaßnahmen notwendig waren.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt Kenntnis.

2.6 Stand der Abrechnung der EFRE- und ESF Programme 2007
– 2013
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 68 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.2 der Tagesord-
nung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanz-
ausschusses)
- Vorlage 19/258 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, nimmt der Haushalts-

und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über den Stand der Abrechnung der EFRE und ESF - Programme 2007-2013 zur Kenntnis und bittet zu Dezembersitzung um einen Sachstandsbericht über die Ergebnisse der Prüfung der Prüfbehörde durch die EU-Kommission.

- 2.7 Investive und konsumtive Mittelbedarfe für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen 2016/ 2017
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 70 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.8 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/259 S -**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Finanzverwaltung zurückgezogen.

- 3. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen und Museumsstiftungen, allgemeine Vermögensangelegenheiten**

- 3.1 Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.06.2016
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 3.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/245 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 3.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 30.06.2016 sowie den Controlling-Bericht über die sonstigen Sondervermögen SV Fischereihafen und SV Hafen zum 30.06.2016 zur Kenntnis.

**3.2 Ankauf von (weiteren) Anteilen an der BTZ Bremer Touristik-Zentrale Gesellschaft für Marketing und Service mbH durch die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 3.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/246 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 3.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig dem Ankauf der Anteile des Verkehrsvereins an der BTZ durch die WFB zu.

**4. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen,
sonstige Vollzugsangelegenheiten**

**4.1 EFRE-Programm 2014-2010:
Finanzinstrumente: EFRE-Darlehensfonds und EFRE-Wagniskapitalfonds
hier: Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/247 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatsvorlage und Beschlussfassung durch den Senat vom 05.07.2016 zur Kenntnis und stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der vorgeschlagenen Verwendung von EU-EFRE-Mitteln in Höhe von 13 Mio.€ (8,5 Mio.€ Darlehensfonds sowie 4,5 Mio.€ Wagniskapitalfonds) für die Jahre 2016-2019 zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort

Tagesordnungspunkt III. 4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU einer Nachbewilligung bei der neu einzurichtenden Haushaltstelle 0709/891 30-8, Förderprogramme Darlehensfonds, in Höhe von 2.125 T€ mit einer Einsparung bei der Hst.0709/893 56-4, EU Programme EFRE 2014-2020 -investiv- zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung(VE) bei der neu einzurichtenden Haushaltstelle 0709/891 30-8, Förderprogramme Darlehensfonds, in Höhe von 6.375 T€ zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE werden die bei den veranschlagten Haushaltsstellen 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-, in Höhe von 2.625 T€, 0709/686 56-9, EU-Programme EFRE 2014-2020 -konsumtiv- in Höhe von 1.820T€ und 0706/891 21-8, Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven, in Höhe von 1.930T€ nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung der VE erfolgt in den Jahren 2017- 2019 jeweils in Höhe von 2.125 T€ p.a. aus der Haushaltstelle 0709/893 56-4, EU Programme EFRE 2014-2020 -investiv-.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU einer Nachbewilligung bei der neu einzurichtenden Haushaltstelle 0709/891 31-6, Förderprogramme Wagniskapitalfonds, in Höhe von 1.125 T€ mit einer Einsparung bei der Hst. 0709/893 56-4, EU Programme EFRE 2014-2020 -investiv- zu.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der neu einzurichtenden Haushaltstelle 0709/891 31-6, Förderprogramme Wagniskapitalfonds, in Höhe von 3.375 T€ zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-, veranschlagte VE insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung der VE erfolgt in den Jahren 2017-2019 jeweils in Höhe von 1.125 T€ p.a. aus der Haushaltstelle 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) im Rahmen der zu erstellenden Jahresberichte um Information über den Stand der Umsetzung des EFRE-Darlehensfonds und des EFRE-Wagniskapitalfonds.

- 4.2 PGR 21.01.02 Schulen der Primarstufe (NUPSI)
Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 852 T€ für den
Ausbau der Grundschule an der Delfter Straße zur Ganztagsgrund-
schule
- Vorlage 19/248 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU die Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 852 Tsd. € bei der Haushaltsstelle 3210/722 41-5 Ausbau der Grundschule an der Delfter Straße zur Ganztagsgrundschule.

- 4.3 Sperrenaufhebung in Höhe von 5.000 € für Sportförderung (Kinder-
ferienprogramm)
- Vorlage 19/249 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Sperrenaufhebung in Höhe von 5.000,00 € bei der Hst. 3191/684 00-0, Zuschüsse Sportförderung, zu.

**4.4 Ausbau der Breitbandinfrastruktur
hier: Markterkundungsverfahren und Beratungsleistungen
- Vorlage 19/250 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung auszusetzen.

**6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen
Immobilien und Technik**

**6.5 Besetzung altes Sportamt
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 78 der Auftragsliste
- Vorlage 19/257 S -
- Vorlage wird am 13. September 2016 von der Finanzverwaltung
nachversandt -**

Abg. Herr Dr. von Bruch kritisiert, dass der vorgelegte Bericht die vom ihm gestellten Fragen größtenteils nicht beantwortete. Dies gelte insbesondere für die Fragestellungen zu den durch die Besetzung entstandenen Mietausfällen; den Kosten der Besetzung (insbesondere auch für Energie bzw. Wasserversorgungsleistungen); der rechtlichen Grundlage auf der hier eine Duldung erfolge und bis wann die Besetzung beendet werde. Im Übrigen sei aus seiner Sicht eine Fortsetzung der Duldung auch aus Gerechtigkeitserwägungen nicht möglich. Die von Seiten des Senats bislang vorgenommene Duldung einer kostenlosen Gebäudenutzung benachteilige all die Menschen, die für die Nutzung ihrer Mieträumlichkeiten – auch in schwieriger wirtschaftlicher Lage - regelmäßig einen monatlichen Mietzins entrichten müssen.

Staatsrat Strehl erklärt, das Finanzressort werde die noch offenen Fragestellungen im Rahmen einer Anlage zum Protokoll schriftlich beantworten. In Anbetracht des Umstandes, dass das Gebäude - insbesondere auch in den Wintermonaten - für eine reguläre Nutzung nicht geeignet sei, gehe er nicht davon aus, dass durch die Besetzung größere Mietausfälle zu verzeichnen seien. In der Sache setze das Finanzressort ge-

genwärtig auf eine Verhandlungslösung. Aus diesem Grunde sei weiterhin beabsichtigt mit den Besetzern Gespräche zu führen. Über deren Ergebnisse werde der Ausschuss selbstverständlich informiert.

Abg. Herr Eckhoff merkt an, die Vorlage enthalte aus seiner Sicht inhaltliche Fehler. Dies gelte insbesondere für die Ausführungen zum Planungsrecht. Darüber hinaus müsse die Besetzung auch in Anbetracht des in der Vorlage dargestellten schlechten baulichen Zustandes des Gebäudes und der damit im Zusammenhang stehenden Haftungsrisiken für die Freien Hansestadt Bremen unverzüglich beendet werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die Vorlage zur Kenntnis und bittet um Beantwortung der noch offenen Fragestellungen im Rahmen einer Anlage (**Anlage 2**) zum Protokoll.

(Ende des öffentlichen Teils um 17.29 Uhr)

gez. Jens Eckhoff
Ausschussvorsitzender